



## 140 Tage Trump. What's next?

9. Juni 2017, Göttingen

Seit 140 Tagen ist Donald Trump Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Ebenfalls seit 140 Tagen beobachtet die Weltgemeinschaft mit Spannung den Mann, der mit seinen Äußerungen im Wahlkampf nicht nur stark polarisierte, sondern vor allem schockierte. Doch was wurde seit seinem Amtsantritt am 20. Januar 2017 umgesetzt, wo zurückgerudert und wie ist der Eindruck mittlerweile, den Trump auf seine Wähler\_innen macht? Bereits kurz nach Trumps Wahl gab es massenhafte Proteste, Menschen machten ihrem Unmut und auch ihrer Sorge Luft und trugen ihre Überzeugung von freiheitlich-demokratischen Werten in Demonstrationen auf die Straße. Auf der anderen Seite gab es auch viele Hoffnungen, die Trumps Amtsantritt bei dessen Wähler\_innen weckte. Doch welche Schlüsse und Konsequenzen können wir aus den ersten Monaten von Trumps Amtszeit ziehen? Wo liegen die Herausforderungen für die Demokratie, auch für Deutschland und Europa? Diese und weitere Fragen wurden am 9. Juni 2017 in Göttingen auf einer Veranstaltung des **Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)** diskutiert. Nach einer Begrüßung durch **Franziska Schröter** von der FES gab der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, **Thomas Oppermann MdB**, eine Einführung zum Thema. Dabei

betonte er vor allem die Rolle Europas, die nicht nur durch den Brexit, sondern gerade auch durch die Wahl Trumps einen herben Doppelschlag einstecken musste.

### **„EU als Gegenmodell zu Nationalismus“**



**Thomas Oppermann MdB**

So sieht Oppermann gerade in der Parole „America First“ den gefährlichen Funken, der ein nationalistisches Feuer entfachen könnte. Trump propagiere hier deutlich einen Neo-Nationalismus, der das vollkommene Gegenteil der Idee der Europäischen Union (EU) darstelle. Gemeinsam mit der europäischen Rechten versuche der US-Präsident, die freie Presse als „Lügenpresse“ zu demontieren und einfach alles, was nicht seiner

Vorstellung entspricht, als „Fake News“ abzutun, warnt Oppermann. Eine sehr große Gefahr läge auch in einer „Diskreditierung von Kompromissen also ein Angriff auf die Demokratie, der zur Spaltung der Gesellschaft führt“, so Oppermann weiter. Es sei nichts Schlechtes an Kompromissen, unsere demokratische Grundordnung baue darauf auf, erklärt Oppermann das deutsche System der Konsenspolitik. Kräfte, die in jedem Kompromis etwas Verwerfliches witterten, seien sehr gefährlich für unsere Demokratie, weil sie Politik an sich diskreditiere. Darüber hinaus würden alle Institutionen der Demokratie durch Trump und dessen Politik delegitimiert werden, was fatale Auswirkungen auf den Handel, die Sicherheit und den Klimaschutz habe. Letzteres mussten wir erst kürzlich mit dem Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen erfahren, womit Trump eine verheerende Botschaft sendete und damit die USA massiv isolierte. Abschließend bekräftigte Thomas Oppermann seine Überzeugung von einer offenen Gesellschaft, die durch Regeln klar strukturiert sei und die westliche und demokratische Werte lebe.

[Der ganze Impuls als Mp3 zum Download](#)

**„Die Strukturen verunsichern mich noch mehr als der Mann selbst“**

In der anschließenden von **Vanessa Krukenberg** moderierten Diskussion wurde vor allem der Frage nachgegangen, welche von Trumps Versprechen sich im Wahlkampf bewahrheitet haben und welche Konsequenzen seine Präsidentschaft nach sich zieht. Für **Dr. Josef Braml** von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) ist Trump eindeutig ein Phänomen, das davon zehrt, dass der Staat den Bürger\_innen das Gefühl gibt, ihnen keine Sicherheit mehr gewährleisten zu können. Genau diese Strukturen hat Trump erkannt und die „Arroganz und Ignoranz der Eliten“ mit seiner Wahl abgestraft. Daraus folgert Braml, der auch Redaktionsleiter und Herausgeber des DGAP-Jahrbuchs ist, dass es eine Krise der Demokratie gebe, was etwaige ähnliche rechtspopulistische Bewegungen in Frankreich, Deutschland oder auch den Niederlanden ebenfalls zeigen.

Über die Eindrücke und Erfahrungen der amerikanischen Bevölkerung gab dann **Prof. Dr. Christiane Lemke** vom Institut für Politische Wissenschaft an der Leibniz Universität Hannover einen Bericht. Die Politologin, die sehr viel Zeit in den USA verbracht hat und jetzt auch zum Trump-Wahlkampf vor Ort



**Thomas Oppermann MdB, Vanessa Krukenberg, Dr. Josef Braml und Prof. Dr. Christiane Lemke (v.l.n.r.)**

forschte, schildert zunächst, dass sie –genauso wie ihre amerikanischen Kolleg\_innen – davon ausgegangen sei, dass Hillary Clinton die Wahl gewinnen würde. Nach dem Schock seien die Kolleg\_innen im akademischen Bereich aus der „Schockstarre“ aufgewacht und fragen sich nun, was das Wahlergebnis bedeutet und welche Folgen es haben könnte. In ihrer Analyse stimmt Lemke ihrem Vorredner Josef Braml zu, dass sich gewisse Entwicklungen schon länger angebahnt hatten, diese nur nicht ernst genug genommen worden waren.

### **„Trump ist der Stresstest für die Demokratie“**

Trump's Auftreten und das verstärkte Setzen auf Emotionalität anstelle von Fakten würden diesem Gefühl in die Karten spielen, dass viele Menschen sich von den demokratischen Eliten abgehängt fühlten. Christiane Lemke äußerte aber die Warnung,

die USA trotz ihres Präsidenten nicht als Akteur komplett abzuschreiben. Natürlich gäbe es viele Andersdenkende und man dürfe Trumps Politik nicht gleichsetzen mit allen US-Bürger\_innen. Auch Oppermann bekräftigt noch einmal die Wichtigkeit einer starken Zivilgesellschaft und einer unabhängigen freien Presse und die Rolle, die er für andere Staaten sieht: So dürfe Deutschland sich zwar nicht von offizieller Seite in innere Angelegenheiten einmischen, aber die US-Zivilgesellschaft könnten wir schon unterstützen. Staatliche Akteure „müssen sich an die Regeln halten“, auch Trump, und die Politiker\_innen dieser Welt müssten sich vehement von Trumps rassistischen Äußerungen distanzieren. Trumps Politik sei nicht nur verwirrend, sondern auch situativ, „aus einer Laune heraus“. Das sei, so Oppermann, sehr schwer für den Umgang für die sogenannten etablierten Politikkreise, weil der Gegenüber sehr schwer berechenbar geworden sei.



**Vanessa Krukenberg, Dr. Josef Braml**

Dr. Josef Braml versucht sich dann noch weiter an der Ursachenforschung: Er sieht eine langfristige Ursache des Aufstiegs von Donald Trump vor allem im Verhältnis Staat – Politik, da die „Wirtschaft sich lange selbst überlassen und dereguliert wurde“. Braml sieht das Problem in einer Laissez-Faire-Politik, zu der es in der Sozialdemokratie in Deutschland nicht kommen dürfe. Auf die Gefahr hin, dass die wirtschaftliche Leistung sinke, müsse der Staat eingreifen und „für Recht und Ordnung sorgen“. Trump habe zwar versprochen, diesen Problemen in den USA entgegenzutreten und „dem kleinen Mann“ wieder zu mehr Stärke zu verhelfen, Sorge nun aber de facto nur für weitere Demokratieerosionen. Seine Personalpolitik bringt Generäle und Großindustrielle in Machtpositionen und auch seine realen Politikentscheidungen lassen noch nicht absehen, ob es Trump gelingen kann, die Versprechungen seinen Wähler\_innen gegenüber einzuhalten. Wenn es ihm zum Beispiel gelingen würde, durch Infrastrukturprojekte in den abgehängten Regionen mit hohem Trump-Stimmenanteil Jobs zu schaffen, wäre selbst eine Wiederwahl nicht ausgeschlossen.

Doch was bedeutet das für die deutsche Politik, für den Bundestagswahlausgang, für die deutsche Sozialdemokratie? Thomas Oppermann forderte, die Haftbarkeit von Politik und Wirtschaft hochzuhalten und Verantwortung zu übernehmen. Der „Staat müsse Ordnungshüter und Europa ein Schutzhaus“ sein. Oppermann fordert eine „Erneuerung der Demokratie – eine Demokratie, die handlungsfähig ist, Regeln für alle durchsetzt und Sicherheit doppelt versteht: als Schutz vor Kriminalität und als soziale Sicherheit.“ Der Schlüssel liege in den Menschen, in die wir investieren müssten, um sie so gegen Populismus und Demagogie zu immunisieren. Auf die Frage, welchen Rat wir Europa angesichts der Herausforderung geben können, antwortet Prof. Dr. Christiane Lemke: „Wir sollten cool bleiben.“ Damit sei vor allem gemeint, Trump nicht zu überhöhen, weiterhin für eine offene und gemeinschaftliche EU und eine wachsende Verflechtung einzutreten. Im Folgenden konkretisierte Lemke noch einige Problemfelder der US-Politik, wie z.B. die Einreise- und Visabestimmungen, die Trump gegen Muslime erlies. Die Schuld an Trumps antidemokratischer Politik liege nicht bei seinem Bauchgefühl, sondern bei seinen Berater\_innen, die diese Dekrete verfassen und damit ihre eigene Ideologie verfolgten, kritisiert Lemke.

### **„Amerika ist keine funktionierende Demokratie mehr“**



**Prof. Dr. Christiane Lemke**

In der anschließenden Podiumsdiskussion war das Publikum eingeladen, Fragen zu stellen und mitzudiskutieren, was zu einer regen Beteiligung und interessanten Ansätzen führte. Doch was können wir nun aus Trumps Wahlerfolg lernen? Christiane Lemke sieht als Ziel eine Selbstreflexion Deutschlands und auch Europas, in der wir Respekt zeigen und „uns an die eigene Nase fassen“. Wenn es nach Thomas Oppermann geht, bedeutet das vor allem auch, dass wir den „Menschen zuhören müssen, die sich abgehängt fühlen und denen dann konkrete Vorschläge machen“.